

**Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss**

**N i e d e r s c h r i f t**

**Gremium:           Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss - öffentlich**  
**Sitzungstermin:   Dienstag, 24.10.2017**  
**Raum:               Ratssaal des Rathauses**  
**Sitzungsbeginn:   16:00 Uhr**  
**Sitzungsende:     18:48 Uhr**

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

**Genehmigt und wie folgt unterschrieben:**

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

**TEILNEHMERVERZEICHNIS**

**Anwesend sind:**

**Ausschussvorsitz**

Herr Horst Segebade                      SPD

**ordentliche Mitglieder**

Frau Sylke Heilker                      CDU

Herr Kai Küpperbusch                      CDU

Herr Hendrik Lehnert                      CDU

Frau Anette Sundermann                      CDU

Herr Wilhelm Janßen                      SPD                      für Kerstin Icken

Frau Sabine Koopmann                      SPD

Herr Lars Krause                      SPD                      für Jöran Gertje

Frau Dr. Sabine Eyting                      B90/Grüne

Herr Jan Hoffmann                      B90/Grüne

Frau Evelyn Fisbeck                      FDP

**beratende Mitglieder**

Frau Silke Köhler                      Linke

Frau Monika Schütte-Tamminga                      Kindergartenarbeit

**Verwaltung**

Herr Bürgermeister Dieter von Essen

Herr Günther Henkel

Herr Fritz Sundermann

Herr Stefan Unnewehr

Herr Bernd Gottwald

Frau Anke Wilken                      Gleichstellungsbeauftragte

Herr Ralf Kobbe                      Protokoll

**Gäste**

Herr Nordwest-Zeitung Frank Jacob

Frau Rasteder Rundschau Kathrin Janout

sowie ein weiterer Zuhörer

**Entschuldigt fehlen:**

**ordentliche Mitglieder**

Herr Jöran Gertje                      SPD

Frau Kerstin Icken                    SPD

**beratende Mitglieder**

Herr Jann Aden    Seniorenarbeit

**VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 29.08.2017
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Änderung der Entgeltregelung für die Kindertagesstätten - Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: 2017/189
- 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2018  
Vorlage: 2017/172
- 7 Einwohnerfragestunde
- 8 Schließung der Sitzung

**Tagesordnungspunkt 1**

**Eröffnung der Sitzung**

Herr Segebade eröffnet die öffentliche Sitzung des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses um 16:00 Uhr.

**Tagesordnungspunkt 2**

**Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Herr Segebade stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 11 stimmberechtigte Mitglieder.

**Der Kinder-, Jugend-, und Sozialausschuss beschließt:**

Die Tagesordnung wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 3**

**Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 29.08.2017**

**Der Kinder-, Jugend-, und Sozialausschuss beschließt:**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Kinder-, Jugend-, Sozialausschusses vom 29.08.2017 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 4**

**Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

**Tagesordnungspunkt 5**

**Änderung der Entgeltregelung für die Kindertagesstätten - Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
**Vorlage: 2017/189**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Hoffmann erläutert eingangs noch einmal umfassend seinen eingebrachten Antrag und stellt ergänzend heraus, dass die Mehrheitsgruppe ein klares Zeichen pro Familie setzen und den Bereich Kinder, Jugend und Soziales grundsätzlich stärker präferieren möchte. Er weist zudem darauf hin, dass mit der letzten Anpassung der Gebühren für die Kindertagesstätten im Jahr 2013 die Geschwisterregelung schrittweise zurückgefahren wurde und für viele, insbesondere kinderreiche Familien, eine unzumutbare Belastung darstellt. Hinsichtlich des vom Rat seinerzeit bestimmten festen Anteils der Elternentgelte an den Ausgaben des Ergebnishaushaltes in Höhe von 25 Prozent führt er aus, dass dieser Betrag nicht pauschal von allen Familien erhoben werden dürfte, da sich auf Grundlage des Kindertagesstättengesetzes die Entgeltsätze nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Sorgeberechtigten unter Berücksichtigung der Zahl ihrer Kinder richten sollen. Bezüglich der angespannten Haushaltssituation legt er abschließend dar, dass die Deckungslücke im Ergebnishaushalt im Vergleich zum Vorjahr rund 200.000 Euro geringer ist und der Landkreis Ammerland für 2018 explizit rund 620.000 Euro zusätzlich für die Kindertagesstätten zur Verfügung stellt, die auch zweckgebunden eingesetzt werden sollten.

Herr Sundermann stellt anhand einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist, an einigen Beispielen die Einkommensgrenzen für die Übernahme der Entgelte durch das Jugendamt, die Vergleichsentgelte im Ammerland, die Auswirkungen des entgeltfreien letzten Kindergartenjahrs auf die Geschwisterregelung sowie die angedachten landespolitischen Veränderungen diesbezüglich vor. Er weist darauf hin, dass es aus Sicht der Verwaltung aktuell sinnvoller erscheint, zunächst abzuwarten, welche neuen Regelungen vom Land Niedersachsen zur Ausweitung des entgeltfreien Kindergartenjahrs auf den Weg gebracht werden und Kinder im entgeltfreien Kindergartenjahr aufgrund der in der Vorlage skizzierten möglichen Verwerfungen bei der Geschwisterermäßigung nicht zu berücksichtigen.

Auf Nachfrage von Herrn Segebade erklärt Herr Sundermann, dass die vom Land gezahlte Pauschale für das entgeltfreie letzte Kindergartenjahr seit Jahren nicht verändert wurde.

Herr Sundermann führt ferner aus, dass es sich bei dem von Herrn Hoffmann angesprochenen Deckungsvorschlag um eine Einmalzahlung des Landkreises handelt, die in den Folgejahren nicht mehr zu erwarten ist.

Herr Janßen gibt zu verstehen, dass die SPD sich seit vielen Jahren in ihrem Wahlprogramm aber auch mit entsprechenden Anträgen für die Abschaffung oder zumindest für die Reduzierung der Kindertagesstättengebühren einsetzt, was von der damalige Mehrheitsgruppe zuletzt 2012 abgelehnt wurde. Stattdessen wurden die Kita-Gebühren innerhalb weniger Jahre zweimal bis auf den derzeitigen Stand angehoben, sodass es richtig ist, dieser Ungerechtigkeit entgegen zu wirken und die Fami-

lien, die ohnehin bereits benachteiligt sind, zu entlasten. Da sich erfreulicherweise inzwischen landesweit alle größeren Parteien für die Entgeltfreiheit im Kindergarten und zum Teil auch in der Krippe aussprechen, hält die SPD-Fraktion es für richtig, wie von Herrn Sundermann vorgeschlagen, zunächst auch vor dem Hintergrund der gemeindlichen Haushaltsberatungen die Entwicklung in Hannover abzuwarten, um einen genauen Überblick darüber zu haben, welche Maßnahmen konkret ergriffen und inwieweit Ausgleichszahlungen des Landes und in welcher Höhe erfolgen werden. Darüber hinaus hält die SPD-Fraktion den vorliegenden Antrag für nicht ausreichend, da nur eine Gruppe von Haushalten entlastet werden soll. Vor diesem Hintergrund sollte das Thema breiter aufgestellt und wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn geklärt ist, in welcher Weise und Höhe es Zahlungen des Landes gibt und wie sich die Haushaltssituation nach den Beratungen darstellt.

Frau Heilker legt dar, dass die CDU-Fraktion schon die Haushalts- und Kostenentwicklung im Blick hat, jedoch mit diesem Antrag ein deutliches Zeichen pro Familie gesetzt werden soll, um insbesondere auch jungen Müttern den Wiedereinstieg in das Berufsleben auch unter finanziellen Aspekten möglich zu machen.

Frau Fisbeck erinnert daran, dass ursprünglich mal der Anteil der Elternentgelte an den Ausgaben des Ergebnishaushaltes 30 Prozent betragen sollte und erst im Nachhinein auf 25 Prozent reduziert wurde. Sie weist darauf hin, dass die Gemeinde ausgezeichnete Kindertagesstätten und pädagogische Konzepte vorhält, die auch ihren Preis haben, sodass es richtigerweise Ziel sein muss, den inzwischen auf 23 Prozent abgerutschten Elternanteil durch entsprechende Beitragsanpassungen wieder auf 25 Prozent zu bringen. Sie bemerkt in diesem Zusammenhang, dass eine Beitragssenkung nicht der richtige Weg ist, da durch die Entlastung der Eltern, die Kosten auf die Allgemeinheit verlagert werden und obendrein der Grundsatz Gebühren vor Steuern missachtet wird.

Frau Köhler bemerkt, dass sie die beantragte familienfreundliche Regelung grundsätzlich begrüßt, jedoch in einigen Bereichen noch nicht für weitgehend genug erachtet. Sie spricht sich zudem dafür aus, eine sozial gerechte Einkommensstaffelung zu erarbeiten und auf das Essensgeld komplett zu verzichten, um Geringverdiener zu entlasten.

Herr Hoffmann erklärt hierzu, dass sich die Mehrheitsgruppe seit geraumer Zeit mit der Thematik beschäftigt und festgestellt hat, dass eine Staffelung der Elternentgelte derart komplex ist und keineswegs kurzfristig erarbeitet werden kann. Vor dem Hintergrund, das man sich jedoch nicht von der Tagespolitik verhaften lassen sondern Politik gestalten will, plädiert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für eine baldige Umsetzung ihres Antrags. Zu den Ausführungen von Frau Fisbeck erwidert er, dass sowohl ein 25- als auch ein 30-prozentiger Elternanteil heute kaum einer Familie mehr zuzumuten ist.

Herr Sundermann führt bezüglich der Ausführungen von Frau Köhler aus, dass eine Sozialstaffelung frühestens zum Kindergartenjahr 2018/19 eingeführt werden könnte. Im Übrigen weist er auch noch einmal darauf hin, dass sozial schwächere Familien Unterstützung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erfahren.

Frau Eyting erläutert, dass die sozialen Härten bei den Familien auftauchen, die knapp über der Einkommensgrenze für die Übernahme der Entgelte durch das Jugendamt liegen. Hinsichtlich des Deckungsvorschlags erklärt sie, dass die Fraktion



Bündnis 90/Die Grünen im Rahmen der weiteren Haushaltsberatungen noch einige Maßnahmen im Blick hat, wo deutliche Einsparungen möglich sind. So sind beispielsweise 5. Millionen Euro für einen Wohnbauflächenankauf vorgesehen, der in dieser Größenordnung und den damit später einhergehenden Folgekosten für die Infrastruktur derzeit nicht sein muss.

Herr Sundermann weist darauf hin, dass der Ankauf der Flächen im investiven Bereich liegt und die 100.000 Euro Mehrausgaben für die Kindertagesstätten im Ergebnishaushalt zu decken sind.

Frau Eyting erwidert, dass geringere Investitionen auch eine niedrige Tilgungsrate und geringere Abschreibungen zur Folge haben.

Herr Krause befürwortet ausdrücklich die Ausführungen von Herrn Janßen und betont vor dem Hintergrund der anstehenden Millioneninvestitionen ergänzend, dass in der Gemeinde Rastede mit dem Bau neuer Kindertagesstätten immer zeitnah auf die Bedürfnisse der Familien reagiert wurde und jetzt nicht davon gesprochen werden darf, dass ein Haushalt zu Lasten der Familien aufgestellt wird. Dessen ungeachtet sind die Deckungsvorschläge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht seriös, sodass er dafür plädiert, die Thematik zunächst zu vertagen und dann inhaltlich umfanglicher im kommenden Jahr zu beraten.

Herr Lehnert gibt zu verstehen, dass sich die CDU-Fraktion für eine deutliche Entlastung der Familien ausspricht und die Gemeinde den Mut haben sollte, einen eigenen Anteil daran zu tragen, ohne sich hinter der Landesregierung und deren möglichen künftigen Beschlüssen zu verstecken. Hinsichtlich der Einkommensstaffel führt er aus, dass ein derartiges System auch ungerecht sein kann, da beispielsweise Selbstständige deutlich variabelere Möglichkeiten bei der Gestaltung des maßgeblichen zu versteuernden Einkommens haben.

Frau Wilken macht deutlich, dass ein bezahlbarer Platz in einer Kindertagesstätte eine Grundvoraussetzung für die Gleichstellung ist und dass trotz angespannter Haushaltssituation versucht werden muss, eine geeignete Lösung zu finden.

Im weiteren Verlauf der Diskussion verstetigen Herr Hoffmann, Frau Heilker, Frau Koopmann, Herr Krause und Frau Fisbeck noch einmal ihre Standpunkte.

Frau Köhler unterstreicht abschließend ihre Forderung nach Einführung einer sozialen Einkommensstaffel und beantragt, die Verwaltung zu beauftragen, im ersten Halbjahr 2018 einen Entwurf für eine Sozialstaffelung bei den Entgelten für die Kindertagesstätten zu erarbeiten, der bei entsprechender Beschlussfassung bereits zum Kindergartenjahr 2018/19 umgesetzt werden könnte.

Herr Janßen beantragt für die SPD-Fraktion, die Vorlage bis zur Entscheidung auf Landesebene über die Ausweitung des entgeltfreien Kindergartenjahrs zu vertagen.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Herr Segebade über den weitergehenden Antrag von Herrn Janßen abstimmen.

Bei 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Daran anschließend lässt Herr Segebade über den Antrag von Frau Köhler abstimmen.

Bei 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Abschließend lässt Herr Segebade über den in der Anlage 1 zur Vorlage formulierten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

**Beschlussempfehlung:**

- 1) Den Elternbeitrag für die Regelbetreuung (5 Std.) in einer kommunalen Kinderkrippe wird von der derzeit 240,00 € pro Monat auf 210,00 € pro Monat gesenkt.
- 2) Die Geschwisterermäßigung für das erste Geschwisterkind wird von derzeit 25 % auf 35 % und für das zweite Geschwisterkind von derzeit 50 % auf 100 % erhöht.
- 3) Die Änderungen treten zum 01.01.2018 in Kraft. Die übrigen Punkte der Richtlinie bleiben unverändert.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	4
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 6**

**Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2018**

**Vorlage: 2017/172**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Sundermann stellt zu Beginn der Beratung für den Geschäftsbereich 2 anhand einer umfangreichen Präsentation die Teilhaushalte 5\_01 „Soziale Leistungen“, 5\_011 „Angelegenheiten der Kinder und Jugendlichen“ und 5\_022 „Heimat- und Kulturpflege, Jugendtreff Villa Hartmann und Jugendräume“ vor. Er bemerkt ergänzend, dass bei den zu erfüllenden Pflichtaufgaben kein Einsparpotenzial vorhanden ist, sodass allenfalls bei den freiwilligen Leistungen (z. B. Zuschüsse Seniorenbeirat, Flüchtlingscafé, Kinderschutzbund, AIRa, Jugendpflege, Ferienaktionen und Familienservicebüro) Kürzungen vorgenommen werden könnten. Der Vortrag liegt der Niederschrift als Anlage 2 bei.

Herr Unnewehr stellt anschließend die Plandaten für den Teilhaushalt 4\_01 „Zentrale Gebäudewirtschaft Hochbau“ für den Geschäftsbereich 2 dar. Er stellt neben den vorgesehenen Investitionen insbesondere auch die vorgenommenen Kürzungen bei der Unterhaltung der Liegenschaften sowie bei den investiven Maßnahmen vor. Die einzelnen Folien hierzu sind als Anlage 3 der Niederschrift beigelegt.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsberatung gehen die Mitglieder des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses einzelne Positionen durch. Es werden einige Verständnisfragen gestellt und geklärt.

Herr Lehnert bemerkt, dass der Einsparwille deutlich zu erkennen ist und keine nennenswerten Positionen bei den dargestellten Präsentationen zu sehen sind, die zur Diskussion gestellt werden könnten. Er spricht sich zudem dafür aus, die wichtigen freiwilligen Leistungen im Bereich Kinder, Jugend und Soziales nicht zur Disposition zu stellen.

Herr Janßen schließt sich den Ausführungen von Herrn Lehnert weitestgehend an und betont, dass es im Bereich des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses nichts mehr einzusparen gibt, sodass von allen Beteiligten ernsthafte Überlegungen hinsichtlich eines zukunftssicheren Haushalts angestellt werden müssen, da Maßnahmen zu schieben und die Unterhaltung zu kürzen dauerhaft zu noch größeren Problemen führen.

Frau Fisbeck beantragt, dass analog zur Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen auch heute der Haushalt nur zur Kenntnis genommen wird.

Herr Hoffmann unterstreicht, dass die Investitionen, die den Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss betreffen, oberste Priorität genießen müssen, da in diesem Bereich fast ausschließlich Pflichtaufgaben der Gemeinde erledigt werden. Im Übrigen bietet der strukturell unterfinanzierte Ergebnishaushalt kaum Spielraum, sodass seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier kein Einsparpotenzial mehr gesehen wird.

Herr Krause führt aus, dass der von Frau Fisbeck gewünschte Sparhaushalt mit den gekürzten Pauschalen und der reduzierten baulichen Unterhaltung bereits vorliegt und keine Möglichkeiten mehr offenbart, um zusätzliche Maßnahmen berücksichtigen zu können.

Frau Köhler legt dar, dass nach ihrer ersten Einschätzung im Haushalt deutlich zu wenig Finanzmittel für den sozialen Bereich zur Verfügung stehen, sodass sie dem aktuell vorliegenden Haushaltsplanentwurf so nicht zustimmen kann.

Auf Nachfrage von Herrn Krause erklärt Herr Henkel, dass auch bei einer wie von Frau Fisbeck beantragten Kenntnisnahme, die Hinweise und Erkenntnisse aus der Beratung selbstverständlich in die weitere politische Arbeit mit einfließen und letztendlich in einer Vorlage münden, die dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss und später auch dem VA und Rat zur Entscheidung vorgelegt wird.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende über den Antrag von Frau Fisbeck abstimmen.

**Beschlussempfehlung:**

Der Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss nimmt den Entwurf der Haushaltsplanung unter Berücksichtigung der Beratung zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 7**

**Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

**Tagesordnungspunkt 8**

**Schließung der Sitzung**

Herr Segebade schließt die öffentliche Sitzung des Kinder-, Jugend-, und Sozialausschusses um 18:48 Uhr.